



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Kirgisistan 2019

Am 1. Januar 2019 wurde ein neues Strafgesetzbuch und eine neue Strafprozessordnung in Kraft gesetzt. Diese verstärken den Schutz vor Folter oder anderer Misshandlungen, indem sie diese ausdrücklich als illegal erklären und erklären Beweise, die unter Folter gewonnen wurden, als nichtig. Weiterhin wird klar definiert, wann Polizeigewahrsam beginnt und dass Festgenommene das Recht auf einen Anwalt vom Augenblick der Festnahme haben. Ebenfalls wurde festgelegt, dass medizinische Beweise nach einem Folttervorwurf innerhalb von 12 Stunden zu erheben sind.

NGOs erhalten jedoch nach wie vor Berichte über Folter, andere Misshandlungen und Ethnic Profiling durch die Polizei. Am 20. November wurde ein ethnischer Usbeke von Polizisten der Ak-Burinsk Polizeiwach willkürlich verhaftet und mutmaßlich geschlagen, dass er ein Geständnis ablegt, dass der zwei Handys stahl. Er war im Auto einer Anwältin, der für die Menschenrechtsorganisation Positiver Dialog, als zwei Polizisten das Auto anhielten und ihn ohne Begründung festnahmen. Zwei weitere Polizisten kamen und zeigten dem Mann Papiere auf Kirgisisch, welches er nicht verstand. Die Polizisten erlaubten nicht dem Anwalt, dass dieser ihm den Inhalt der Papiere erklärt. Die Anwältin machte den Mann auf der Ak-Burinsk Polizeiwache ausfindig, wo er ihr erzählte, dass er geschlagen wurde. Die Anwältin stellte sicher, dass er in ein Krankenhaus gebracht wurde, um seine Verletzungen dokumentieren zu lassen. Der Arzt im Krankenhaus war mit einer Untersuchung ohne Anwesenheit der beschuldigten Polizisten einverstanden, weigerte sich jedoch, ein Formular bezüglich der Verletzungen auszufüllen, wie es das Istanbul Protokoll vorschreibt. Der Mann hat bei der Polizei wegen der Folter Beschwerde eingereicht.